Morgen-Ausgabe. Nr. 323 Dienstag, 13. Juli 1937

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 47,60 Rpf. Postgebühren (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentl. Verlagsort. Einzel-Nr. 10 Rpf., außerhalb Sachsens mit Abend-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 6: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 6 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Einzige Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe

Unnachgiebigkeit auf beiden Seiten

Ernste Zuspitzung der Lage im Fernen Osten

In Japan sind bereits Kriegsgerüchte im Umlauf

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. Juli.

Die aus China und Japan kommenden Meldungen lassen deutlich erkennen, daß der durch den Zwischenfall von Peiping entstandene chinesisch-japanische Konflikt sich weiter zuspitzt, so daß neue blutige Auseinandersetzungen wahrscheinlich sind.

Die Erklärungen, die beide Parteien über die Entstehung dieses Konfliktes herausgegeben haben, weichen, wie es in solchen Fällen meist der Fall ist, erheblich voneinander ab. Das Charakteristische ist, daß die japanische Erklärung auf dem Standpunkt beharrt, die Nankingregierung dürfe keine Truppen zur Verstärkung in die Provinz Hopei entsenden, da dort lediglich der „örtliche Befehlshaber" zu bestimmen habe, nicht aber die Nankingregierung. Dieser erneute Hinweis bestärkt die chinesische Regierung offenbar in der Anschauung, daß Japan unter sehr weitgehender Auslegung eines Militärabkommens von 1935 den Einfluß der Nankingregierung in Nordchina überhaupt ausschalten will.

Es kommt hinzu, daß auf beiden Seiten eine kriegerische Stimmung herrscht. Das nationale China ist weniger denn je geneigt, den Japanern besondere Vorrechte einzuräumen, während anderseits Japan unter keinen Umständen kapitulieren will. So ist es nicht weiter verwunderlich, daß in Japan selbst schon Kriegsgerüchte im Umlauf waren und daß dort vielfach geflaggt wurde, zum Zeichen, daß man den Konflikt in China als nationale Angelegenheit betrachtet.

Erklärung der chinesischen Botschaft

Berlin, 12. Juli.

Die chinesische Botschaft in Berlin hat zu den Ereignissen in Nordchina eine Erklärung veröffentlicht, die u. a. folgendes besagt:

„Nach dem Vertrage von 1901 haben gewisse ausländische Vertretungen das Recht, eine kleine Anzahl von Schutztruppen (sogenannte Gesandtschaftswachen) zu unterhalten und gelegentlich Uebungen abzuhalten. Entgegen diesem Abkommen sind seit zwei Jahren die japanischen Formationen auf die Stärke einer Division vergrößert worden, um deren Verringerung die chinesische Regierung bisher vergebens mit Japan unterhandelte.

Auf chinesischer Seite haben die japanischen Truppen am 7. Juli eine Nachtübung abgehalten, und zwar in Lu-kiu-chiao, wo sie nicht das Recht hatten, sich aufzuhalten. Bei dieser Nachtübung soll ein japanischer Soldat verletzt worden sein. Hierauf forderten die Japaner Einlaß in die Stadt Wang-Pin-Hsien, um nach dem Vermißten zu suchen. Nachdem die chinesischen Behörden dieses Ansinnen ablehnten, umzingelten die japanischen Truppen diese Stadt und eröffneten darauf mit Maschinengewehren und Geschützen das Feuer.

Sowohl für diesen Zwischenfall als auch für den Bruch des Waffenstillstandes muß die chinesische Regierung jegliche Verantwortung ablehnen. Anstatt ihre Truppen abmachungsgemäß zurückzuziehen, rollen japanische Tanks und Militärzüge zu Verstärkung nach Feng-Tai heran. Bemerkenswert ist noch, daß inzwischen der angeblich vermißte japanische Soldat wieder wohlbehalten zu seinem Truppenteil zurückgekehrt ist. Für uns handelt es sich nur um die Notwendigkeit der Verteidigung, und wir haben den ernsten Wunsch, eine gütliche Regelung dieses Zwischenfalles auf diplomatischem Wege herbeizuführen."

Nationale Gegenoffensive vor Madrid

Heftige Kämpfe gegen den zahlenmäßig überlegenen Feind

St. Jean de Luz, 12. Juli.

Nationalspanische Rundfunksender melden, daß die nationalen Truppen im Laufe des Montags eine Gegenoffensive an der Madrider Front eingeleitet hätten. Nach gründlicher Artillerievorbereitung seien die nationalen Truppenabteilungen, begleitet von Tanks und Panzerwagen, gegen den zahlenmäßig weit überlegenen Feind vorgegangen, hätten ihn in einer Tiefe von 1,5 Kilometer zurückgedrängt und Stellungen besetzt, die die Lage der Bolschewisten an diesem Frontenabschnitt stark gefährdeten.

Bolschewistische Entlastungsoffensive mißglückt

Nach den aus Spanien vorliegenden Meldungen ist der Angriff der Bolschewisten auf die nationalen Stellungen vor Madrid unter erheblichen Verlusten für die Roten zurückgeschlagen worden. Nach englischen Blättermeldungen soll allein die Internationale Brigade nicht weniger als 3000 Tote eingebüßt haben. 27 rote Flugzeuge seien innerhalb zwei Tagen abgeschossen worden. Wohl konnten die Roten vorübergehend hier und da in Stellungen der nationalen Truppen eindringen, sie wurden jedoch ausnahmslos im Gegenstoß sehr bald wieder zurückgetrieben.

Diese Angriffe, die sowohl im Norden wie im Westen und Süden von Madrid eingeleitet wurden, verfolgen offenbar den Zweck, nationale Truppen aus der Kampfzone zwischen Bilbao und Santander herauszuziehen. Hier haben die nationalen Truppen in letzter Zeit Raum gewinnen können, wobei es immer deutlicher erkennbar wird, daß die Absicht der Nationalen dahingeht: Santander einzukreisen, um ein Entweichen der Roten nach Möglichkeit zu vermeiden. Da anderseits diese Bewegungen geraume Zeit erfordern, so wird man sich auf eine längere Dauer der Operationen gegen Santander gefaßt machen müssen.

Santander besitzt einen vorzüglichen Hafen, der für die Erzverschiffung von großer Bedeutung ist. Auch die Eisenindustrieanlagen und Werften des Hafens machen diese Stadt zu einem lohnenden Operationsziel für die Truppen Francos.

Albanische Rebellen hingerichtet

Tirana, 12. Juli.

Die Ende Juni zum Tode verurteilten Rebellen Ismet Toto, Ismail Gjylbergu, Helal Shinpani und Ramadam Braka, die Haupträdelsführer des im Mai d. J. in der Stadt Argyrokastro ausgebrochenen und sofort niedergeschlagenen Aufstandsversuchs, sind am Montag früh hingerichtet worden.

Der belgische Regierungskonflikt verschärft

Brüssel, 12. Juli.

Ministerpräsident van Zeeland hatte am Montag Besprechungen mit dem Vorsitzenden der liberalen Partei und mit dem Justizminister de Laveleye, auf dessen Rücktritt die Liberalen bestehen. Die Besprechungen, deren Ergebnis noch nicht bekannt ist, haben zu einer weiteren Verschärfung der Lage geführt. De Laveleye hat erneut seinen sofortigen Rücktritt angeboten und erklärt, daß seine Entscheidung unwiderruflich sei. Ministerpräsident van Zeeland hat sich aber seinerseits seine Entscheidung vorbehalten. Falls der Ministerpräsident das Angebot des Justizministers annähme, wäre eine Regierungskrise wohl zu vermeiden.

Die Vorsitzenden der katholischen Partei haben erklärt, daß sie bereit seien, die Regierung van Zeeland in ihrer heutigen Zusammensetzung weiter zu unterstützen. Für den Fall einer Krise haben sie aber bereits ihre Forderungen angemeldet.

Die Liberalen fordern den Rücktritt Laveleyes, um einen ihnen genehmen Mann auf seinen Posten zu bringen. Der Ministerpräsident wurde von den Liberalen schon mehrfach im Parlament scharf angegriffen, weil er de Laveleye als Justizminister dem König vorgeschlagen hatte, obwohl die Liberale Partei sich dagegen ausgesprochen hatte. van Zeeland hatte sich zu dieser Haltung entschlossen, weil sein Kandidat sich für die von ihm verfolgte Unabhängigkeitspolitik eingesetzt hatte. Eine Verschärfung des Konfliktes trat ein, als Justizminister Laveleye im Parlament für die Amnestierung der flämischen Aktivisten, die von der Liberalen Partei bekämpft wurde, eintrat.

Eden wieder in London. Außenminister Eden traf nach Beendigung seines Wochenendausfluges nach Deauville am Montagvormittag wieder in London ein.

Weltkirchenkonferenz und Politik

In der alten englischen Universitätsstadt Oxford hat gestern die Konferenz der ökumenischen Bewegung für praktisches Christentum (Life and Work) begonnen, mit anderen Worten: eine Weltkirchenkonferenz. Zwar hat auch diesmal die römisch-katholische Kirche aus ihrem Anspruch heraus, die wahre und alleinige Kirche Christi zu sein, eine Beteiligung an der Konferenz entschieden abgelehnt, doch sind immerhin 700 Delegierte aus 40 Staaten nach England gekommen. Besonders stark vertreten ist neben den Kirchen der europäischen Länder der amerikanische Protestantismus; auch die griechisch-orthodoxe Religionsgemeinschaft hat eine Abordnung entsandt. Diese Kirchenvertreter wollen Probleme beraten, die sich seit ihrem letzten Treffen, das jetzt sieben Jahre zurückliegt, ergeben haben. Damals, in Stockholm, beschäftigte sich die Weltkirchenkonferenz, die unter der allseitig anerkannten geistigen Führerschaft des verstorbenen schwedischen Erzbischofs Soederblom stand, mit der sozialen Frage. Niemand wird den Kirchen den Anspruch streitig machen, über derartige Probleme, die durchaus zur religiösen Ethik gehören, Beschlüsse zu fassen und sie der Weltöffentlichkeit zu verkünden.

Die diesjährige Konferenz dagegen hat einen ganz anderen Charakter. Sie zerfällt in zwei Teile, die auch räumlich voneinander geschieden sind. In Oxford wird vom 12. bis zum 26. Juli über das Thema „Staat, Kirche und Volk" gesprochen werden, während die anschließende Tagung in der schottischen Hauptstadt Edinburgh unter dem Leitwort „Glaube und Kirchenverfassung" steht. Man sieht also, daß nur der zweite Teil innerkirchliche Fragen behandelt, während der erste schon in der Formulierung des Themas einen ausgesprochen politischen Charakter trägt. Diese Auseinandersetzung mit politischen Fragen ist von dem vorbereitenden Ausschuß der Konferenz mit folgenden Sätzen begründet worden: „Der Totalitätsanspruch, der heute von verschiedenen Seiten im Namen des modernen Staates erhoben wird, ist darauf gerichtet, das gesamte Leben des Volkes zu kontrollieren und zu gestalten... Nun ist es eine Frage von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der Menschheit, ob diese Anschauungen mit dem christlichen Verständnis des menschlichen Lebens vereinbar sind oder aber dessen mehr oder weniger radikale Ablehnung bedeuten." Die Konferenz will diese Frage beantworten, um „den Kirchen zu einem christlichen Zeugnis von größerer Geschlossenheit und Klarheit über die gegenwärtigen Probleme zu verhelfen."

Damit ist der politische Charakter dieses Kirchenkonzils eindeutig bewiesen, und die in Oxford versammelten Kirchenführer werden es sich gefallen lassen müssen, daß man ihre Arbeit auch vom politischen Standpunkt betrachtet und beurteilt. Vor allem wird eine solche Beobachtung von deutscher Seite notwendig sein, denn mit dem „Totalitätsanspruch des modernen Staates" ist ohne Zweifel Deutschland gemeint. Die beiden anderen großen Länder, die man in Oxford zu den autoritär geführten rechnet, Italien und Sowjetrußland, werden der Konferenz nicht allzuviel Gesprächsstoff liefern, denn Italien ist katholisch, und Sowjetrußland dürfte nicht das geeignete Land sein, in dem irgendwelche kirchlichen Beschlüsse in die Tat umgesetzt werden können. Die eindeutige Beziehung auf Deutschland ist von führenden Männern der anglikanischen Kirche auch offen zugegeben worden. Man erblickt in Deutschland geradezu einen „Probefall", um die Fragestellung: Kirche und autoritärer Staat in irgendeiner Weise zu lösen.

Mit der Themastellung der diesjährigen Konferenz hat sich die ökumenische Bewegung auf ein Gebiet begeben, das ihrem Wesen fremd ist. Noch bei der letzten Zusammenkunft in Stockholm haben die meisten Kirchenführer es entschieden abgelehnt, politische Dinge zu behandeln. Damals wurde von deutscher Seite gefordert, daß die Konferenz zu dem jeder christlichen Moral hohnsprechenden Diktat von Versailles und zur Kriegsschuldfrage Stellung nehmen sollte. Dieser Appell verhallte ohne jede Wirkung, obwohl hier Fragen aufgeworfen worden waren, die mit dem Schreckwort Politik, von dem die Konferenz nichts wissen wollte, durchaus nicht erschöpft sind. Jetzt, wo es um innerpolitische deutsche Dinge gehen soll, hat dieses Wort anscheinend seine unangenehmen Eigenschaften verloren. Man will sich in Oxford also ein politisches Urteil anmaßen über Dinge, deren innerer Zusammenhang allein aus der kirchlichen Weltschau nie und nimmer zu begreifen ist. Wie weltfremd die Kirchenpolitiker, von Oxford sind, beweist die Tatsache, daß sie in ihren vorbereitenden Veröffentlichungen das nationalsozialistische Deutschland und das bolschewistische Sowjetrußland